

Entwicklung der Aufträge ausgewählter der ÖVP nahestehenden Unternehmen¹⁶⁰

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	Summe
Accenture GmbH	41.040	238735	545.055	1.005.003	376.579	5.146.936	12.916.291	20.269.638
Campaigning Bureau GmbH¹⁶¹	427	147.204	208.782	129.236	151.097	239.022	60.556	936.324
Demox Research GmbH					23.400	230.160	75.502	329.062
EWC EDELWEISS CONSULTING GmbH	39.360	2.470	4.459	196.172	307.747	154.631	112.563	817.402
Media Contacta	21.545	149.600	59.648	360.502	305.982	83.240	316.121	1.296.639
GPK¹⁶²	279.734	856.757	765.207	1.250.872	741.731	1.378.726	1.232.982	6.506.007
SCHÜTZE Positionierung GmbH					58.200	69.337		127.537

Marktnewcomer *Demox research* wird türkiser Großauftragsnehmer

Die *demox research GmbH* mit Sitz in Wien (der Firmensitz¹⁶³ liegt in unmittelbarer Nähe zur ÖVP Bundespartei¹⁶⁴) wird seit Herbst 2018 von Paul Unterhuber geführt.¹⁶⁵ ¹⁶⁶ Unterhuber ist nicht nur ÖVP-Mitglied¹⁶⁷, sondern auch ehemaliger Direktor des Wiener Bauernbundes und war im ÖVP Klub im Wiener Rathaus tätig.¹⁶⁸ Das Unternehmen machte laut Eigenaussage auch viele Umfragen für die neue ÖVP.¹⁶⁹

Bereits kurze Zeit nach dessen Gründung im Jahr 2018 erhielt das Unternehmen in den Jahren 2020 und 2021 öffentliche Aufträge von Bundesministerien im Wert von über 300.000 Euro¹⁷⁰, allesamt von ÖVP-geführten Institutionen wie dem Landwirtschafts- und Wirtschaftsressort, dem Außenministerium und dem Verteidigungsressort. Die Aufträge von Seiten der Ministerien wurden in der Regel direkt, sprich ohne vorherige Ausschreibung, und unter Umgehung der Fachabteilungen von den politischen Kabinetten vergeben,¹⁷¹ zu denen Unterhuber persönlich-freundschaftliche Kontakte pflegte.¹⁷² Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, dass die Unternehmensgewinne von *demox research* (2018: 33.000 Euro, 2019: 71.000 Euro, 2020: 184.000 Euro) parallel zu den öffentlichen Aufträgen anstiegen¹⁷³, wobei bei Meinungsumfragen des Unternehmens teils identische Fragen über mehrere Ministerien abgerechnet wurden.¹⁷⁴

Im Jahr 2020 erhielt *demox research* alleine vom Wirtschaftsministerium (BMWD) unter der Leitung von Mar-

garete Schramböck (ÖVP) Aufträge im Wert von 176.460 Euro und im Jahr 2021 im Wert von 53.000 Euro.¹⁷⁵ Darunter befindet sich etwa eine Umfrage betreffend Themenschwerpunkte des BMDW wie Wirtschaftsstandort Österreich und Digitalisierung. Auch die Performance der Ministerin in der COVID-19-Krise wurde – neben zahlreichen anderen ÖVP-relevanten Fragen – prominent abgefragt.¹⁷⁶ So zahlten die Österreicher*innen etwa für die Erkenntnis, dass 65 Prozent der ÖVP-Wähler*innen „*eher eine gute Meinung*“ von der Bundesministerin hatten.¹⁷⁷ Die Beispiele zeigen, dass (allen voran) das ÖVP-geführte Wirtschaftsministerium auf Kosten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler Umfragen bei einem ÖVP-nahen Unternehmen beauftragte, um die Einstellung der Bevölkerung zu ÖVP-relevanten Fragestellungen (z.B. Sonntagsfragen¹⁷⁸) zu eruieren.

Das Landwirtschaftsministerium erteilte *demox research* im Zeitraum 2019 bis 2021 Aufträge in Höhe von 68.520 Euro. Das Verteidigungsministerium zahlte 20.640 Euro und das Außenministerium 10.500 Euro (in beiden Fällen im Jahr 2020).¹⁷⁹

Übersicht über Zahlungen der Ministerien an die demox research GmbH 2015-2021¹⁸⁰

demox research	2019	2020	2021	Summe
Äußeres		10.500		10.500
Militärische Angelegenheiten		20.640		20.640
Wirtschaft		176.460	52.942	229.402
Landwirtschaft, Regionen und Tourismus	23.400	22.560	22.560	68.520
Gesamt	23.400	230.160	75.502	329.062

Unterhuber schloss im Zuge seiner Befragung im Untersuchungsausschuss explizit aus, dass die öffentliche Hand über *demox research* „Studien für die ÖVP oder sonst jemanden finanziert“ haben könnte.¹⁸¹ Laut ihm wurden die Studienergebnisse „selbstverständlich exklusiv“ dem jeweiligen Auftraggeber mitgeteilt.¹⁸² Anlässlich der Wien Wahl 2020 wurden aber sehr wohl Ergebnisse einer vom Landwirtschaftsministerium in Auftrag gegebenen Studie im Rahmen eines ÖVP-Hintergrundgesprächs mit Klubobmann August Wöginger und Generalsekretär Axel Melchior vor Journalist*innen präsentiert.¹⁸³

Von öffentlichen Geldern bezahlte Umfragen und die darin enthaltenen Fragestellungen wurden durch die ÖVP auch im Wahlprogramm für den Wien Wahlkampf 2020 verwertet: So fanden sich wesentliche Ergebnisse der Studie „Soziale Brennpunkte im Kontext von Migration und Integration“, die *demox research* für den Österreichischen Integrationsfonds (ÖIF) erstellte¹⁸⁴, als Forderungen im Wahlprogramm der ÖVP-Wien wieder (Kopftuchverbot für Schülerinnen bis 14 Jahre, Alkoholverbot an sozialen Brennpunkten).¹⁸⁵ Der ÖIF unterstand lange Zeit dem ÖVP-geführten Innenministerium, bevor er unter Integrationsstaatssekretär Sebastian Kurz ins Außenministerium (ÖVP)¹⁸⁶ und schließlich am 29. Jänner 2020 zur neuen Integrationsministerin Susanne Raab (ÖVP) wanderte.¹⁸⁷